



Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung

Offener Brief

An den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

An die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Heidelberg.

Heidelberg den 26.9.2012

Im Oktober fand zum 7. Mal die Aktionswoche des „Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung“ mit dem Schwerpunkt Altersarmut statt. Wir haben die inhaltliche Diskussion der Aktionswochen der vergangenen Jahre über unterschiedliche Aspekte des Themas Armut und Ausgrenzung in verschiedenen Veranstaltungen fortgesetzt. Auf unserer Internetseite (www.das-heidelberger-buendnis.de) finden Sie Berichte und Videos über die diesjährige Aktionswoche

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, auch zwischen den Aktionswochen auf konkrete Verbesserungen und Maßnahmen in unserem Themenbereich – der von Armut betroffene bzw. bedrohte Menschen umfasst – hinzuwirken.

Wir würdigen die seit 2007 von der Stadt Heidelberg praktizierte Armutsberichterstattung als Basis für weitere Maßnahmen in diesem Bereich. 2011 haben wir eine erste Initiative für ein Sozialticket an Sie gerichtet, das derzeit in den Gremien der Stadt Heidelberg diskutiert wird.

Die Bündnispartner wenden sich heute mit vier konkreten Wünschen für die nächsten Jahre an Sie:

- Wir bitten Sie, den Weg freizumachen für ein **Sozialticket** in Heidelberg gemäß dem von uns vorgeschlagenen Modellversuch, der im vorliegenden Gutachten konkreter untersucht wurde. Es wurde bei der Stadt geprüft, ob der im Gutachten ursprünglich errechnete Betrag von rund 400.000,00 € durch eine Anrechnung des Beitrags der Stadt für den Heidelberg-Pass an den VRN noch gesenkt werden kann. Letztlich geht es um eine Summe in der Dimension von ca. 200.000,00 €, wobei es unserer Ansicht nach noch Verhandlungsspielräume mit dem VRN gibt. Wir regen an, die notwendige Summe als Haushaltsmittel in 2013 und 2014 einzustellen, damit ein Sozialticket für arme Menschen in Heidelberg als Schritt zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben und zur Erleichterung der Arbeitssuche als Modell, auch für die Metropolregion, möglich wird. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.
- Wir erwarten von Ihnen, bei der konkreten Planungen des **Wohnungsangebotes auf den US-Flächen** für die in den nächsten Jahren dort zu entwickelnden 2000 Wohnungen konkrete Quoten festzulegen, um den Zugang zu diesen Wohnungen für die Menschen zu ermöglichen, die auf Grund ihres Einkommens kaum Zugang zum Heidelberger Wohnungsmarkt haben. Da auch in Heidelberg eine erhebliche Differenz zwischen der Zahl der notwendigen geförderten und den vorhandenen „Sozialwohnungen“ besteht, gibt es hier eine besondere Verpflichtung. Wenn die Stadt Heidelberg die wichtigen Grundstücke für eine gute Sozialplanung auf den US-Flächen zunächst selbst kauft und z.B mit Erbpachtverträgen weiterveräußert, hat sie den notwendigen Zugriff und kann dieser sozialen Verantwortung gerecht werden.

Für die Wohnung auf den US-Flächen wäre eine Quote von 10 % der Wohnungen – gerechnet über alle Flächen und über die gesamte Dauer der Entwicklung in den nächsten Jahren - für Menschen mit SGB II oder XII Bescheid bzw. Wohnberechtigungsschein notwendig und angemessen. Damit ist die Versorgung des „ärmsten“ Teils der Bevölkerung in Heidelberg angesprochen. Weitere 30 % sollten als Mietwohnungen für Menschen mit relativ wenig Einkommen oberhalb der ersten Gruppe vorgesehen werden. Dies sind Einkommen zwischen ca. 12.000,00 € und 21.000,00 € Nettojahreseinkommen.

In den letzten Jahren wurden in Heidelberg – und auch in der Bahnstadt – vor allem Bauprojekte realisiert, deren Preise weit oberhalb der Leistungskraft der von uns vertretenen Bürger liegen. Durch die vorgeschlagenen Quoten wird vermieden, dass die Menschen mit Einkommen unter dem Durchschnittseinkommen letztlich weiterhin gezwungen sind, Heidelberg zu verlassen, wenn sie eine Familie gründen wollen oder ihr Einkommen sinkt.

- Als Drittes regen wir eine Überprüfung und Anhebung der **Einkommengrenzen beim Heidelberg-Pass** an, die seit inzwischen 6 Jahren nicht angepasst wurden. Steigende Lebenshaltungskosten und insbesondere das anhaltend hohe Mietpreisniveau machen eine entsprechende Anhebung der Einkommengrenzen notwendig.
- Als Viertes sollte ein wirkliches **Aktionsprogramm zur Halbierung der Armut** in Heidelberg initiiert und beschlossen werden, welches in den nächsten Jahren angegangen werden könnte. Die Zahl der armen oder armutsgefährdeten Menschen ist seit Beginn der Berichterstattung nahezu konstant geblieben. Es sollte über einen konkreten Maßnahmenkatalog hinaus, auch ein quantifizierbares Ziel in diesem Bereich angestrebt werden. Das Bündnis bietet an, bei der Ausformulierung und Umsetzung eines solchen Aktionsprogramms aktiv mitzuhelfen. Damit wären die Interessen der ärmeren Teile der Bürgerschaft besser vertreten, die bisher selten an den Debatten und Entscheidungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung teilhaben.

Wir bitten Sie, unsere in diesem Brief formulierten Vorschläge bei der diesjährigen bis 2014 reichenden Haushaltsberatung, die ja die letzte vor der kommenden Gemeinderatswahl ist, zu beachten. Für Gespräche über die Vorgehensweise bei den angesprochenen Themen stehen wir Ihnen selbstverständlich immer zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Im Auftrag der nachstehend genannten Mitglieder des

Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung

welches derzeit 43 Mitglieder hat

AGJ Suchtberatung Heidelberg

AG Soziale Nothilfe e.V.

AIDS-Hilfe Heidelberg e.V.

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Heidelberg

Aufgetaucht-Initiative gegen die Illegalisierung von MigrantInnen

Bahnhofsmision Heidelberg

Bezirksverein für soziale Rechtspflege Heidelberg - Karl-Bähr-Haus

Brot & Salz - Der Laden der Diakonie Heidelberg

Caritasverband Heidelberg e.V.

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Baden-Württemberg

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Heidelberg

Deutscher Gewerkschaftsbund Rhein-Neckar

Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Rhein-Neckar/Heidelberg e.V.

Diakonische Hausgemeinschaften

Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Heidelberg

Emmaus und Gewerkschaft e.V.

Evang. Dekanat Heidelberg

Fachberatung Plattform der Evang Stadtmission

Fakultät der Sozial und Rechtswissenschaften der Hochschule der SRH

Heidelberg

Frauennotruf gegen sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen Heidelberg e.V.

H.O.P.E. e.V.

Heidelberger Dienste gGmbH

Heidelberger Selbsthilfebüro

Heidelberger Tafel e.V.

Heidelberger Südstadt-Tafel „Rat und Tat“ St Elisabeth

Heidelberger Werkgemeinschaft - Sozialtherapeutischer Verein für psychisch Kranke e.V.

Jugendagentur Heidelberg – Bildung, Kultur und Qualifizierung für junge Menschen eG

Kath. Dekanat Heidelberg-Weinheim

Kinderschutzbund Heidelberg

Kinderreich Heidelberg

IG Metall Heidelberg

Manna, Evangelische Kapellengemeinde Diakoniekirche für Heidelberg

Medinetz Rhein-Neckar, Medizinische Vermittlung für Flüchtlinge

Mieterverein Heidelberg und Umgebung

Obdach e.V. Wohnung und Betreuung und Beschäftigung für alleinstehende Menschen

Pro Familia Ortsverband Heidelberg e.V.

Schuldnerberatung des Caritasverbandes Heidelberg

SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste in Heidelberg e.V.

ÜSoligenial e.V. – Überparteiliche **Solidarität gegen Sozialabbau** Heidelberg Rhein-Neckar

Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung (Vbi) e.V.

Volkshochschule Heidelberg e.V.

Wichernheim – Wiedereingliederungshilfe der evangelischen Stadtmission Heidelberg

Kontakt:

Jörg Schmidt-Rohr, Vbi Heidelberg, Alte Eppelheimer Straße 38, 69115 Heidelberg

Tel: 06221/9703-27; Tel: 0173-3008579; Mail: kontakt@vbi-heidelberg.de;

Außerdem

www.das-heidelberger-buendnis.de